



Liebe Mitglieder und Leser des AKU Informationsbriefes !

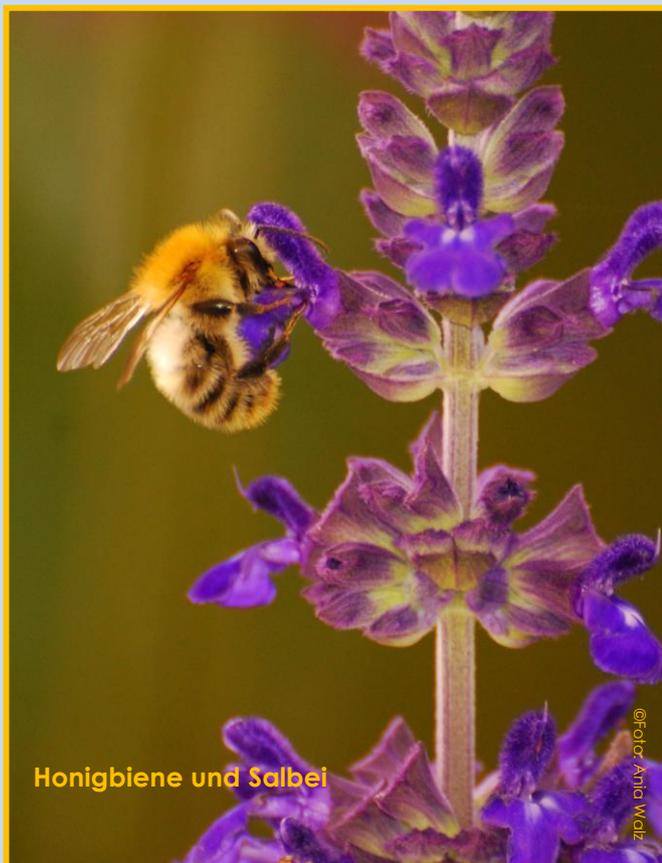
„In Verantwortung vor der Schöpfung“ unseren Planeten so zu erhalten, dass die nachfolgenden Generationen intakte Lebensbedingungen vorfinden; das ist die Herausforderung an die Menschheit im 21. Jahrhundert.

Festgeschrieben im Text der Bayernhymne „Gott behüte Deine Flure, schirme deiner Städtebau“ wird ausgedrückt, was uns am Herzen liegt. Es ist aber auch eine Verpflichtung danach zu handeln und zu leben.

Die Diskussionen um den ungebremst fortschreitenden Klimawandel, Freihandelsabkommen TTIP und CETA, gentechnisch veränderte Lebensmittel, Pestizide in der Natur, sauberes Trinkwasser für die gesamte Menschheit ohne Privatisierung, Vermüllung der Weltmeere besonders mit Plastik, ungebremste CO₂ Emissionen, fortschreitender Flächenverbrauch stehen immer öfters im Fokus der politischen Entscheidungen. Für die Zukunft ist es unabdingbar, mehr Nachhaltigkeit zu fordern. Das bedeutet aber auch ein Umdenken im Konsumverhalten zu erreichen. Führende Wissenschaftler und Experten sind unermüdlich damit befasst auf diese Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem derzeitigen Lebensstil der Menschheit entwickelt haben. Wir sind seit ca. 150 Jahren dabei, die Daseinsgrundlagen für die Natur und die Menschen in einer Weise zu verändern, dass schon unsere Kinder und alle nachfolgenden Generationen negativ davon beeinflusst sein werden.

Die Interessenslagen von Umweltschutz, Naturschutz und Wirtschaft zielführend miteinander zu vereinen, gleichen oft der Quadratur des Kreises! Aber es ist unstrittig, dass wir diese Aufgaben lösen müssen.

AKU- Kreis- und Bezirksverband



Vom Bienenfleiß und Bienensterben

In diesem Informationsbrief widmen wir uns etwas intensiver dem Thema Bienen und Insekten.

Ein Inhaltsverzeichnis zeigt Ihnen, wo Sie die einzelnen Beiträge finden können. Im Archiv lesen Sie anschließend Beiträge vom AKU. Hier werden bestehende Artikel teilweise mit neuen Fakten ergänzt. Diese Änderungen haben wir für die bessere Übersicht

➤ in **blauer Schrift** gekennzeichnet.

AKTUELL

Vom rasanten Artensterben	Seite 2
Bienenfleiß und Insektensterben	Seite 3
Der AKU vertritt nachfolgende Ansichten: TTIP und CETA: Positionen und Forderungen des AKU-Kreisverbandes	Seite 4

ARCHIV MIT ERGÄNZUNGEN

Klimaschutz, Primärenergieverbrauch in Deutschland und CO ₂ Ausstoß	Seite 5
Primärenergieverbrauch in Deutschland, Regenerative Energien	Seite 6
AKU-Landesvorsitzender Josef Göppel, MdB: Flächenverbrauch , 3. Startbahn, Rasen erwünscht mit Ergänzungen zu Straßenverkehrsunfällen, Glyphosat	Seite 7-8
Bundesminister Dr. Gerd Müller: Flüchtlinge und Asyl: Hilfe für Afrika	Seite 9
Weltbevölkerung / Literaturempfehlungen / Ausstellung	Seite 10
Saatgutverordnung	Seite 11
Menschenrecht auf sauberes Wasser	Seite 11-12

✚ DIE LAGE DER INSEKTEN IN DEUTSCHLAND IST ANGESpanNT

Diskussion im Deutschen Bundestag zur Lage der Insekten im Jahr 2016

1/3 aller Nahrungsmittel benötigen Bestäubung, dabei sind auch Wildbienen sehr wichtig.

Die Hauptursachen des Insektensterbens liegt laut Aussage führender Wissenschaftler und Experten an dem verstärkten Einsatz von

- **Pestiziden**, dazu gehören auch Neonicotinoide und Glyphosat.
- **Überdüngung**, die Schäden durch Folgekosten durch die Stickstoffe liegen laut EU bei 70-320 Mrd. €.
- **Ausgeräumte Kulturlandschaften**, Zunahme von monotonen landwirtschaftlichen Flächen mit eingeschränktem Lebensraum für Bienen, und Insekten, damit ist auch die fehlende Biomasse für Amphibien und Vögel verbunden.



Wildbiene besucht Scilla

INSEKTIZIDE FÜHREN ZU MASSENSTERBEN

In den vergangenen 15 Jahren nahm die Biomasse der Fluginsekten in Deutschland um bis zu 80 Prozent ab. Sowohl die Arten als auch die Individuen-Zahlen sind zurückgegangen. Vom Massensterben betroffen sind unter anderem Schmetterlinge, Bienen und Schwebfliegen.

AKU Landesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Josef Göppel fragt Prof. Dr. Teja Tschamtko, Agrarökologe an der Universität Göttingen

„Neonicotinoide sind erst 1992 von der Firma Bayer in Verkehr gebracht worden. Wir wissen heute: Neonicotinoide haben eine Halbwertszeit von 18 Jahren. Wird jedes Jahr oder auch nur nach Fruchtfolge gebeizt, reichern sich diese Stoffe an. Ich möchte klarere Aussagen zu den Konsequenzen hören, was das Problem der unterschwiligen Anreicherung dieser Stoffe und deren Auswirkungen auf die Hirnfunktionen der Bienen angeht.“

Prof. Tschamtko antwortet: „Neonicotinoide haben eine ähnlich durchschlagende Wirkung wie früher DDT. Es gehört verboten. Der Lobbyismus der Chemieindustrie reicht aber bis in die wissenschaftlichen Kreise. Ökologische Vorrangflächen könnten eine große Bedeutung haben. Die Kompromissfindung der Agrarpolitik nur mit alternativen Anbauverfahren oder Zwischenfrüchten, hat das Ziel, bis zum Jahr 2020 den Artenverlust einzudämmen, aber verfehlt.“

DIE PFLANZENSCHUTZ-GETREIDESAATGUT-VERORDNUNG (PflSchGetreidesaatgutAnwendV)

Der Vorsitzende des Deutschen Berufs- und Erwerbs-Imkerbunds Manfred Hederer stellt in seiner Stellungnahme zum Entwurf klar, es sei ein Irrtum, „dass die Probleme der Behandlung von Saatgut mit den im Entwurf angesprochenen Pflanzenschutzmitteln ausschließlich von der Qualität der Beizung und der eingesetzten Sächtechnik abhängen. Diese These hatte sich schon 2008 als falsch herausgestellt und ist nach dem heutigen Stand der Wissenschaft vollkommen unhaltbar.“

BIENENFLEIß

- Bienen gibt es seit ca. 200 Millionen Jahren.
- Für ein Glas Honig müssen Honigbienen etwa 1 Million Blüten besuchen und ca. 80.000 km fliegen, das entspricht dem doppelten Erdumfang, dabei sind etwa 75.000 Ausflüge nötig.
- Für ein Glas Honig sammeln Bienen ca. 1 – 1 ½ Kilo Blütennektar oder Honigtau.
- Eine Biene kann ca. 45 mg Nektar im Flug tragen, dies füllt bei 100 Flügen ca. 1 kleinen Fingerhut.
- Bienen fliegen ca. 30 km/h schnell bei etwa 150 Flügelschlägen pro Sekunde. Ein Ausflug kann bis zu 6 km betragen, die „wirtschaftlichste“ Flugdistanz beträgt ca. 0,5 bis 1,0 Kilometer. Eine Biene unternimmt pro Tag ca. 10 Ausflüge.
- Ein Bientag besteht aus 8 Stunden Ruhephase („Schlaf“), 8 Stunden Stockdienst und 8 Stunden Flug („Außendienst“).
- Das Sammelgebiet eines Bienenvolkes ist etwa 50 Quadratkilometer groß, das entspricht dem Innenstadtbereich von Köln.
- Rund 85 % der landwirtschaftlichen Erträge im Pflanzen- und Obstbau hängen in Deutschland von den Bestäubungsleistungen der Honigbienen ab.
- Die Bestäubungsleistung übersteigt den Wert der Honigproduktion um das 10 - 15 fache. Dies sind rund 2 Milliarden Euro jährlich in Deutschland. Weltweit liegen die Schätzungen derzeit bei bis zu 200 Milliarden, je nach Studie.

Die Deutschen sind die größten Honigesser auf der Erde. Nur 20 % des Honigs, den wir essen, kommt aus Deutschland. **Rund 81.300 t Honig hat Deutschland im vergangenen Jahr importiert.** 15.400 t aus Mexiko, das damit Argentinien (13.700 t) als wichtigsten Honiglieferanten für Deutschland ablöste. Aus China gelangten 5.400 t Honig nach Deutschland, womit das Land den dritten Platz in der Importstatistik des Statistischen Bundesamtes einnahm. Der Honigexport fiel deutlich bescheidener aus. Hauptabnehmer waren die Niederlande mit 3.100 t Honig, gefolgt von Frankreich, das 2.800 t aus Deutschland importierte.

BIENEN- UND INSEKTENSTERBEN

- Seit 1990 haben wir in Deutschland 500.000 weniger Bienen, das entspricht einem Rückgang um 40%.
- Bienen sind weltweit derzeit stark bedroht. Auch eine Vielzahl von Insekten hat stark abgenommen, sie sind ebenfalls in einem intakten Ökosystem von großer Bedeutung.
- Bienen bestäuben ca. 80% unserer Nutz- und Wildpflanzen, die restlichen 20% werden von anderen Insekten besucht, ganz nebenbei tragen so die Tiere zur Artenvielfalt all unserer Pflanzen bei.
- Ohne diese Leistung der Tiere müssten wir unsere Nutzpflanzen von Hand bestäuben, wie es heute schon in manchen Regionen von China praktiziert werden muss. Die Wertschöpfung aus der Bestäubungsleistung der Bienen beträgt ca. 200 Mrd. Euro pro Jahr.
- Die Honigbienen leben seit ca. 50 Mio. Jahren auf unserer Erde, haben Eiszeiten und alle anderen Klimaschwankungen überlebt, doch jetzt sind diese wichtigen Nutztiere in großer Gefahr.
- Die Wissenschaft geht davon aus, dass Pestizide in der Landwirtschaft, eintönige Landschaften, fehlende Nahrungsquellen, der Verlust des natürlichen Lebensraums der Tiere und Parasiten, wie die Varroamilbe, der Grund für das Bienensterben ist.
- Es ist dringender Handlungsbedarf gefordert, denn Bienen tragen ganz wesentlich dazu bei, dass wir Obst, Gemüse, Futterpflanzen, Nüsse und Getreide oder Baumwolle zur Verfügung haben. **Die Biene ist nach Rind und Schwein das dritt wichtigste Nutztier der Menschheit.**
- Die EU macht ernst: Drei Pflanzenschutzmittel, die auf Bienen tödlich wirken könnten, werden ab dem 1. Dezember 2013 verboten. Die Sperre gilt zunächst für zwei Jahre
- Von den Maßnahmen betroffen sind die Pestizide Clothianidin und Imidacloprid von Bayer sowie Thiamethoxam von Syngenta. Der Einsatz dieser Mittel bei der Behandlung von Saatgut, Ausbringung auf den Boden und Besprühen von Pflanzen soll nach Angaben der EU-Kommission stark eingeschränkt werden. Ausnahmen sollen für Gewächshäuser gelten.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA ist von der Kommission beauftragt, bis 2017 alle Ergebnisse zu den Auswirkungen von Neonicotinoiden zu prüfen. Da es deutliche Hinweise auf die Bienengefährlichkeit der Stoffe gibt, hatte die EU-Kommission 2013 ein Moratorium für die Zulassung der Stoffe Clothianidin und Imidacloprid von Bayer sowie Thiamethoxam von Syngenta erlassen. **Kleinste Dosen dieser Insektizide führen durch Blockade der Rezeptoren in den Synapsen zu Fehlfunktionen des Bienenhirns.** Im Gegensatz zu vorübergehend stimulierend wirkendem Nicotin, **besetzen die Neonicotinoide die Rezeptoren dauerhaft.** Durch die fortlaufende Stimulation kommt es zum Zusammenbruch der Nervensteuerung. Lebenswichtige Funktionen fallen aus, wie z.B. die Orientierung der Bienen. Darüber hinaus **wird die Immunabwehr geschwächt**, sodass sie anfälliger gegenüber Parasiten werden. Eine Folge ist beispielsweise die fehlende Abwehr gegen die Varroa-Milbe.



Schwebfliege und Enzian

© Fotoc: Anja Walz

Die Kommission hatte 2013 die Pestizide für den Anbau von Mais, Sonnenblumen, Raps und Baumwolle verboten. 60 % der Anwendungen entfallen aber auf Neonicotinoide als Beizmittel. Dabei wird das Saatgut behandelt, um es schon vor der Aussaat vor Insekten zu schützen, gegen die Sämlinge und Jungpflanzen besonders anfällig sind. Die bei Mais, Zuckerrüben oder Raps eingesetzten Insektizide haben eine systemische Wirkung, d.h. der Wirkstoff wird mit dem Saftstrom auch in neue Pflanzenteile transportiert. Die systemische Wirkung macht gerade die nicht selektiv wirkenden Neonicotinoide besonders schädlich für Populationen. Über die vernichtende Wirkung für Insekten hinaus, **fehlt auch deren Biomasse als Nahrung für insektenfressende Amphibien und Vögel.**

Bayer, BASF und Syngenta klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Ihr Plan, ein Verbot von Neonicotinoide zu kippen. Pestizide, die massenhaft Bienen und Insekten töten und damit der Biodiversität schwer schaden. 14. 02. 2017

Quellen: Deutscher Imkerbund, BN, Imkerhof Salzburg

DER AKU VERTRITT NACHFOLGENDE ANSICHTEN

- ✓ Den **Klimawandel** zu stoppen, das heißt die Erderwärmung auf 1,5 maximal 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Stand (ca. 1919) zu begrenzen.
- ✓ **Kein Fracking** zur Erschließung fossiler Energien, **keine** Speicherung von **CO₂ im Erdreich**.
- ✓ Weg von fossilen Brennstoffen und deren Förderungen, hin zu **Erneuerbaren Energien**.
- ✓ **Trinkwasser** ist ein Allgemeingut und darf nicht als profitable Handelsware verwendet werden siehe Seite 11-12
- ✓ Wir müssen die **Reststoffe**, auch Müll genannt, sinnvoll weiter verwenden. Kunststoffe, Metalle und seltene Erden spielen hier eine besonders große Rolle. Plastik- und sonstiger umweltschädlicher Müll darf weder in der Natur noch in Flüssen oder den Weltmeeren entsorgt werden.
- ✓ Wir dürfen **kein gentechnisch verändertes Saatgut, Futter und Lebensmittel**, die damit im Zusammenhang stehen, zulassen. Die negativen Folgen für die Natur und die Menschen sind nicht abschätzbar.
- ✓ **Keine Patente** auf Pflanzen und Tiere.
- ✓ „**Pflanzenschutzmittel**“ und Futtermittel für Tiere inklusive Fischfutter, dürfen der Gesundheit von Mensch und Tier und der Artenvielfalt/Biodiversität nicht schaden.
- ✓ Bei **Lebensmitteln** sollte verstärkt auf **Qualität** geachtet werden. Produkte aus der Region belasten die Umwelt weniger und die Wertschöpfung bleibt im eigenen Land. Diese beiden Faktoren sind beim Autokauf in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Es wäre wünschenswert, wenn diese Einstellung in Zukunft bei anderen Wirtschaftsgütern ebenfalls von den Konsumenten stärker berücksichtigt würde.
- ✓ Keine Chemiegifte in Nahrungsmitteln, Kosmetik, Bekleidung, Fahrzeugen, im gesamten Wohn- und Lebensumfeld.
- ✓ Senkung und Vermeidung von **Emissionen**, wie zum Beispiel Feinstaub, Lärm, Stickoxyde und CO₂.
- ✓ Soweit diese Forderungen beim **Freihandelsabkommen TTIP und CETA** mit den USA und Kanada eine Rolle spielen, muss darauf geachtet werden, dass sie nicht umgangen werden können.
- ✓ Wir müssen endlich **Endlager für atomare Abfälle** finden und zwar weltweit. Derzeit haben wir in Deutschland ca. 30.000 Tonnen mittel- bis schwach belasteten Abfall und ca. 600 Tonnen hochradioaktive Stoffe seit dem Beginn der Nutzung der Kernenergie 1961 oberirdisch angehäuft.
- ✓ Den **Ausstieg** aus der **Kernenergie** wie beschlossen auch umsetzen, hier gibt es kein Zurück.

TTIP & CETA - TRANSATLANTISCHE FREIHANDELSABKOMMEN

Der Vorstand des AKU-Kreisverbandes hat unter anderem folgende Forderungen aufgestellt:

- ✓ Deutsche **Umweltstandards** und Verbraucherschutz müssen vollumfänglich erhalten bleiben, keine genmanipulierte Lebensmittel, kein Hormonfleisch, keine geklonten Produkte und Chlorhühnchen.
- ✓ Keine **Patente** auf Tiere und Pflanzen.
- ✓ **Kennzeichnungspflicht** von Waren auf lückenlose Herkunft, Inhaltsstoffe einschließlich Medikamenten- und Giftrückstände jeder Art.
- ✓ Europäische Standards beim **Datenschutz**.
- ✓ Keine **Stillstandsklauseln**, damit Änderungen z.B. bei Umweltstandards noch möglich sind.
- ✓ Die **kommunale Daseinsvorsorge** muss gewahrt bleiben, das betrifft unter anderem: Wasser, Abwasser (Kanal), Strom, Wärme, Gesundheitsvorsorge, Banken, Verkehr, Kultur, Müllentsorgung und vieles mehr. Zusammengefasst heißt dies, keine Public-Utility-Klausel.
- ✓ Keine **ISDS Gerichte** für Firmen und deren Produkte. Eventuell ein internationaler Handelsgerichtshof mit Revisionsrecht für die Beteiligten und unabhängigen Richtern.
- ✓ Nur **gegenseitiges Abkommen**.
- ✓ **Gleitende Standards**, damit sich bei neuer Gesetzeslage in einem Land keine Klagerechte ableiten lassen.
- ✓ Vertrag mit Ausstiegsklausel und/oder Revisionsmöglichkeiten, **kein Vertrag mit Ewigkeitsdauer**.
- ✓ Unsere **Arbeitsstandards**, Arbeitsschutzbestimmungen, Lohnniveau und Mindestlöhne müssen beibehalten werden.
- ✓ Nur **Positivlisten**, die ergänzt werden können, wenn neue Produkte und Patente auf den Markt kommen.
- ✓ Ein **Rat für regulatorische Kooperationen** darf nicht eingeführt werden.
- ✓ Wir fordern **Transparenz**, Abgeordneten muss Einsicht in die Verhandlungsunterlagen in der deutschen Amtssprache gewährt werden, mit dem Recht Notizen machen zu dürfen und ohne Kontrollpersonen an der Seite.
- ✓ **Parlamente** müssen eingebunden werden.
- ✓ Abstimmung der TTIP & CETA Verträge durch die **Parlamente aller einbezogener EU-Staaten**. Die Abgeordneten, die hier entscheiden, müssen einen Zugriff des gesamten Vertragstextes in den Amtssprachen Englisch, Deutsch oder Französisch erhalten.
- ✓ Vor der endgültigen Verabschiedung von TTIP & CETA die NAFTA-Staatenverträge auf Vor- und Nachteile hin überprüfen, um wichtige Erkenntnisse daraus für TTIP und CETA noch berücksichtigen zu können. (Mexiko-USA).
- ✓ **Keine Fußnoten, die kleingedruckte Texte** modifizieren könnten.
- ✓ Das Angleichen technischer Standards wie zum Beispiel von Blinkern oder Scheibenwischern an Autos, oder der Abbau von Zöllen ist durchaus denkbar.
- ✓ Es ist unbedingt zu beachten, dass unsere **demokratischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nicht unterwandert werden sondern erhalten bleiben**.

FÜR DIE REGION EBERSBERG FORDERN WIR VERBESSERUNGEN IM MVV

- ✓ Die „Zweite Stammstrecke“ muss schnellstens gebaut werden. Wir begrüßen, dass diese Forderung nun endlich umgesetzt wird.
- ✓ **Die MVV-Fahrgastzahlen konnten im Jahre 2016 weiter gesteigert werden und beliefen sich auf 578 Mio., 2015 waren es 566 Mio. und 2004 waren es 442 Mio. Fahrgäste.** Quelle: MVV, Pressemeldung 16.02.2017
- ✓ Die Strecken zum Flughafen und nach Markt Schwaben müssen schnellstens ertüchtigt werden. Dort kommt es immer wieder zu eklatanten Engpässen beim täglichen Betrieb.
- ✓ An der Bahnstrecke zum Brennerbasis Tunnel, muss unbedingt der Lärmschutz für die Anwohner verbessert werden.

KLIMASCHUTZ IST WICHTIGER DENN JE

Die 50 bedeutendsten Schadensereignisse 2015 auf unserer Erde verursachten Schäden

in Höhe von 61,510Mrd. \$. Davon waren 18,775 Mrd. \$ versichert.

Dabei verloren 17.601 Menschen ihr Leben. 9629 wurden Opfer von Erdbeben in Nepal, Indien, Pakistan und Afghanistan. Bei Dürren, Sturzfluten, Erdbeben, Hitzewellen, Unwettern, Überschwemmungen, Buschfeuern, Tornados und Taifunen kamen 7.972 Menschen ums Leben.

Quelle: NatCat MunichRe

Die USA und Kanada verzeichneten 2015 diesbezügliche Schäden in Höhe von 29,145 Mrd. \$, im Jahr 2016 waren es 49,044 Mrd. \$ an Gesamtschäden.

Quelle: NatCatSERVICE MunichRe

Erstmals seit Beginn regelmäßiger Messungen hat die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre die Grenze von 400 ppm (parts per million) überschritten.

Ein trauriger Rekord und Beleg für die ungebrochene Verpestung unserer Atmosphäre mit gefährlichen Treibhausgasen. Seit Beginn der Industrialisierung und der damit verbundenen Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas, hat der CO₂ Gehalt um rund 120 ppm bzw. um 43% zugenommen. So hoch wie derzeit war die CO₂ Konzentration seit 3 Millionen Jahren nicht mehr, dies ist wissenschaftlich belegt. Die globale Durchschnittstemperatur lag damals 2-3 Grad über dem heutigen Niveau, also etwa so hoch wie es der Weltklimarat (IPCC) bis zum Ende diesen Jahrhunderts voraussagt. Vor 3 Mio. Jahren waren der Nordpol und Grönland übrigens eisfrei, der Meeresspiegel lag rund 25-35 m höher als heute – **Köln läge damit bereits am Meer**. Eine Trendwende ist trotz Energiesparbemühungen nicht in Sicht, der menschliche Drang nach Ausbeutung billiger fossiler Energie widerstrebt aller geforderten Vernunft. Die USA, die Jahrzehnte lang den Klimawandel eher ignoriert haben, setzten unter Barak Obama Zeichen, dieses wichtige Thema endlich ernst zu nehmen. Der neue Präsident vertritt jedoch die Meinung, dass es keinen Klimawandel gibt, den die Erdenbürger zu verantworten haben. **Nach Berechnungen von MunichRe summieren sich alleine in Nordamerika, Karibik und Mittelamerika die Schäden aus wetterbedingten Naturkatastrophen im Zeitraum von 1980 bis 2016 auf über 1.643 Mrd.* US-Dollar!**

Quelle* Deputy Head of NatCatSERVICE und Björn Walz, MunichRe

Die **Speicherung** von Erneuerbarer Energie gehört zu den **vordringlichsten Aufgaben**. Wenn wir für die Energiewende auf diesem Sektor so viel Geld in die Hand nehmen würden, wie unter anderem für Bankenrettungen, hier sei auch die Hypo Alpe Adria genannt oder die Förderung der Kernkraft und deren Endlagerung, könnten wir in Vorbildfunktion für die Weltgemeinschaft viel erreichen. Es geht um die Bewohnbarkeit unseres Planeten in unmittelbarer Zukunft, aber auch um die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Ein Energieministerium, wie in einigen europäischen Ländern schon installiert, könnte ebenso in Deutschland dieses absolut wichtige Thema federführend auf den Weg bringen.

Stand 2015/2016

Die größten CO₂ Emissionen in Mega Tonnen

Emissionen 2013 nach Ländern	Emissionen in Mega Tonnen	Emissionen pro Kopf in Tonnen nach Ländern	Emission pro Kopf in Tonnen	CO ₂ Emissionen auf der Erde in den Jahr	in Mega Tonnen
China	8.977	Saudi Arabien	16,39	1781	18
USA	5.120	USA	16,18	1811	40
Indien	1.869	Kanada	15,26	1841	125
Russland	1.543	Südkorea	11,39	1871	572
Japan	1.235	Russland	10,79	1900	1.960
Deutschland	760	Japan	9,70	1910	2.067
Südkorea	572	Deutschland	9,25	1960	9.391
Kanada	536	Iran	6,96	1974	17.005
Iran	525	China	6,60	1990	21.539
Saudi Arabien	472	Indien	1,49	2015	32.140

Im Jahr 2016 lag die gesamte CO₂ Konzentration in der Atmosphäre bei ca. 406 ppm (parts per million)

Auch in Deutschland ist die CO₂ Emission leicht gestiegen. Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung können die unten genannten Ziele der Bundesregierung erreicht werden.

Die Bundesregierung hat sich im Jahr 2007 mit dem „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ national zu einer 40%igen Minderung der deutschen Treibhausgas-Emission bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet. Bis 2050 sollen es 85 - 90 % sein.

Klimaschädliche Gase, die sich in der Atmosphäre über Jahre anreichern

Laut dem Umweltbundesamt verursacht **1 Tonne CO₂** (Kohle, Erdöl, Erdgas, Verweildauer in der Atmosphäre 120 Jahre) vorsichtig geschätzt mittelfristig bis zum Jahr 2030 **Folgekosten von 80 €**.

Methan (entsteht vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, bei Massentierhaltung, in Klärwerken und bei Mülldeponien; Verweildauer in der Atmosphäre 15 Jahre) **Folgekosten 25 mal höher als bei CO₂**.

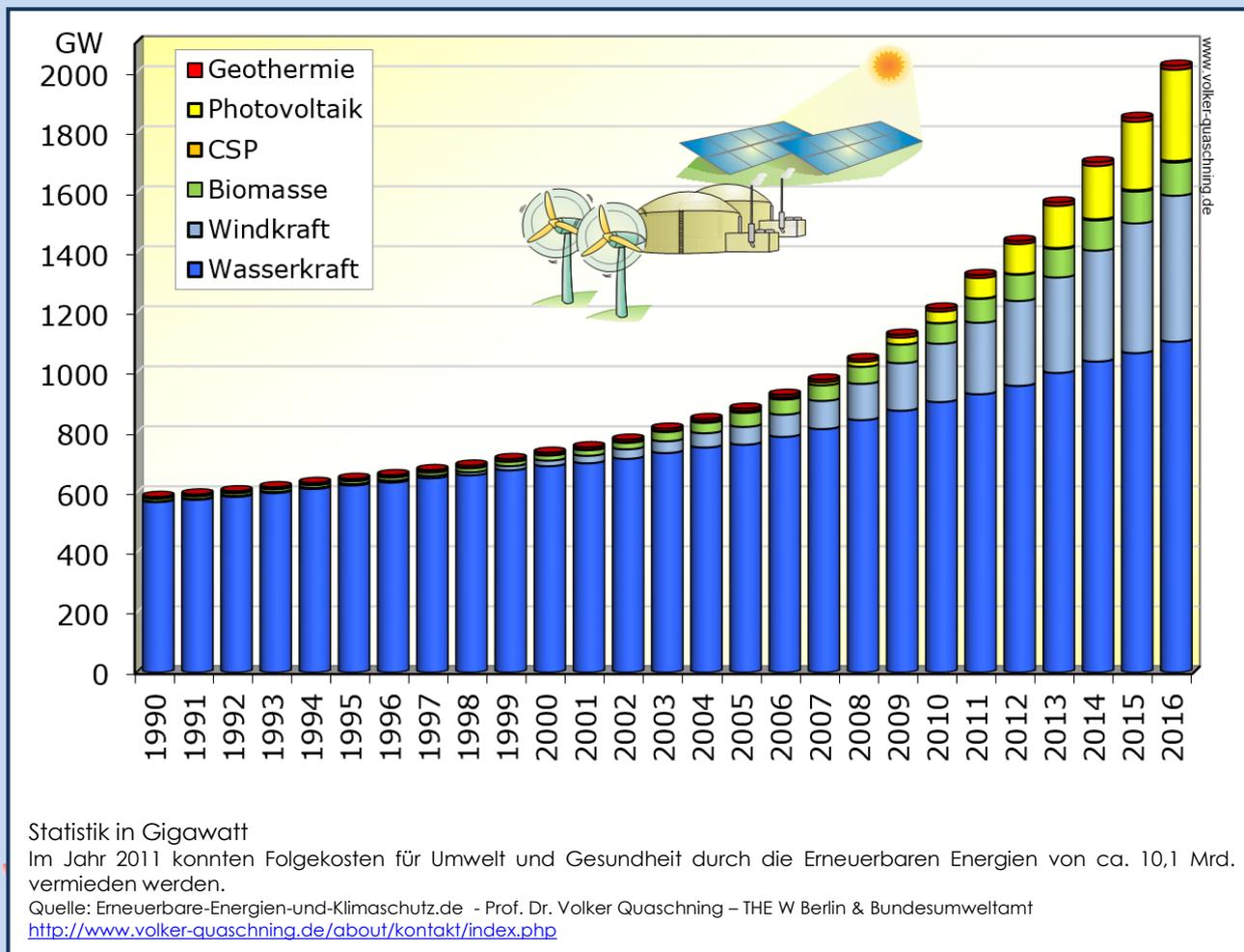
Distickstoffmonoxid (entsteht durch stickstoffhaltigen Dünger, Massentierhaltung, Düngemittelproduktion und Kunststoffindustrie). Das Gas kommt in der Atmosphäre zwar nur in Spuren vor, ist aber 298-mal so wirksam wie CO₂ und macht daher einen auf die Menge bezogen überproportionalen Teil des **anthropogenen Treibhaus-effektes** aus.

Quelle: Umweltbundesamt & Das Statistik-Portal

REGENERATIVE ENERGIEN IN DEUTSCHLAND

In den letzten 10 Jahren hat sich die weltweite regenerative Kraftwerksleistung mehr als verdoppelt. Im Jahr 2016 war die Leistung aller regenerativen Kraftwerke bereits rund fünfmal so groß wie die aller Kernkraftwerke. Nimmt die Dynamik weiter zu, wäre bereits um das Jahr 2030 ein Anteil von über 50% möglich.

Quelle: BN



PRIMÄR-ENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND

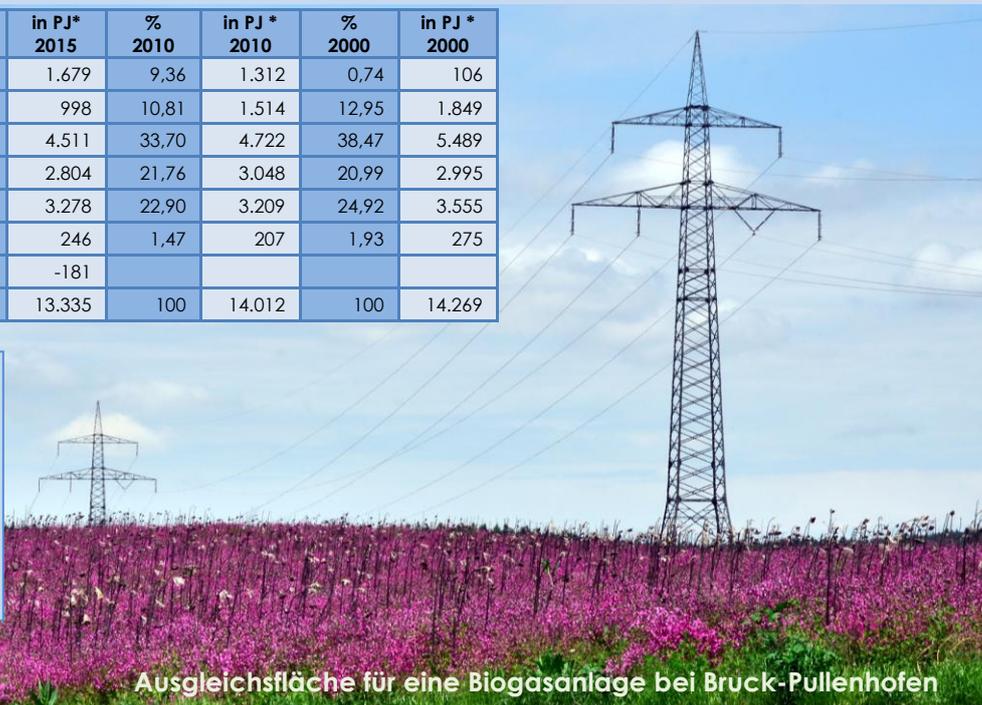
Leider liegen die Zahlen für 2016 noch nicht vor!

Energieträger	% 2015	in PJ* 2015	% 2010	in PJ * 2010	% 2000	in PJ * 2000
Erneuerbare Energie	12,59	1.679	9,36	1.312	0,74	106
Kernenergie	7,50	998	10,81	1.514	12,95	1.849
Mineralöl	33,89	4.511	33,70	4.722	38,47	5.489
Erdgas	21,00	2.804	21,76	3.048	20,99	2.995
Kohle	24,55	3.278	22,90	3.209	24,92	3.555
Sonstige, incl.	1,84	246	1,47	207	1,93	275
Stromausgleichssaldo	-1,37	-181				
Petajoule gesamt	100,00	13.335	100	14.012	100	14.269

Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland in den Jahren 2000, 2010 und 2015

1 Mio. Tonnen SKE* = 29,309 PJ
* 1 PJ (Petajoule) = 10¹⁵ Joule
SKE= Steinkohleeinheit
1 SK = 7000 kcal

Quelle der Statistik: ag-energiebilanz.de
Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz e.V.



Ausgleichsfläche für eine Biogasanlage bei Bruck-Pullenhofen

©Foto: Anja Walz



DER AKU-LANDESVORSITZENDE JOSEF GÖPPEL, MdB

vertritt den AKU bei den vorgenannten Punkten auch im Bundestag. Lesen Sie mehr unter: <http://www.goepfel.de/bundestag.html>

Josef Göppel, MdL

Eigene Werte leben, statt fremde Werte abschaffen:

„Nicht durch das Fremde bedroht“

Zur christlichen Tradition gehört der Schutz des Sonntags. Oder: Brauchen wir Halloween als offiziellen Teil des deutschen Festtagskalenders? Zu unseren kulturellen Traditionen zählt auch, dass wir **das äußere Gesicht unseres Landes nicht einer globalisierten Einheitszivilisation opfern**. Regionale Unterschiede durch gelebte Tradition machen unsere Heimat unverwechselbar. Die durch Landbewirtschaftung und ortstypische Bauweisen gewachsene Vielfalt möchte ich nicht in einer monotonen Einheitszivilisation untergehen lassen.

Brauchen wir wirklich außerhalb des Ortsrandes jeder Gemeinde ein neues Baugebiet mit einem Hektar Größe im Eilverfahren, wie es die bayerische Regierung aktuell bei der Änderung des Bundesbaugesetzbuches fordert?

„Es reicht nicht, bei Veranstaltungen voller Inbrunst die Bayernhymne mit der Bitte „Behüte unsere Flure“ zu singen und im Alltag das Gegenteil zu tun.“

Unsere kulturelle Verankerung wird nicht durch „das Fremde“ bedroht, sie kann nur durch uns untergehen, durch unsere Gleichgültigkeit.

Quelle: focus 15. 12. 2016 Josef Göppel, Gastbeitrag

Der neue §13b BauGB bedeutet, dass es keine Umweltprüfung, keine Überwachung der Umweltauswirkungen und keinen Naturschutzausgleich für die überbauten Flächen gibt. MdB Josef Göppel wird im Ausschuss für Umwelt und Bau des Deutschen Bundestages dagegen vorgehen.

Eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Novelle des Städtebaurechts fand im Deutschen Bundestag am **Mittwoch, dem 15. Februar 2017 statt**.

Deutscher Bundestag Videomitschnitt, veröffentlicht am 20. 02. 2017

Videoausschnitt der öffentlichen Anhörung vom 15. Februar 2017 zur Novelle des Baugesetzbuches im deutschen Bundestag. Mit einem neuen § 13b zur beschleunigten und vereinfachten Neuausweisung von Wohnbauland wird die geordnete Siedlungsentwicklung konterkariert. Es soll für drei Jahre befristet an jedem Ortsrand möglich sein, ohne Eingriffskompensation und Umweltbericht Außenbereichsfläche zu erschließen. Damit wird sowohl die Innenentwicklung als auch die Maßgabe des flächensparenden Umgangs mit Boden konterkariert.

Bayern ist Spitzenreiter beim Flächenverbrauch. Die überbaute Fläche nahm seit 1980 um 49 % zu!



STELLUNGNAHME ZUR 3. STARTBAHN

Josef Göppel, MdB, der Umweltausschuss schlägt Tandembetrieb München – Nürnberg vor.

München, am 22. 02. 2016 - Der CSU-Umweltausschuss wendet sich gegen den Bau der 3. Startbahn am Flughafen München und schlägt stattdessen einen Tandembetrieb mit Nürnberg vor. In dem mit 18 : 2 Stimmen gefassten Vorstandsbeschluss fordert der Ausschuss ein bayernweites Flughafenkonzept, in das auch Memmingen einbezogen wird.

Der Vorsitzende des CSU - Ausschusses Umweltsicherung und Landesentwicklung, MdB Josef Göppel, nennt den Vorschlag in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden Horst Seehofer eine Offensive, die dem ganzen Lande etwas bringe.

Überhitzungserscheinungen um den Flughafen München würden gedämpft, für andere Landesteile entstünden jedoch wichtige Strukturimpulse.

Die CSU - Umweltschützer argumentieren auch mit dem zusätzlichen Landverbrauch beim Bau einer 3. Startbahn in München. Sie entziehe der Natur insgesamt 900 Hektar Fläche; davon würden 350 Hektar zubetoniert oder überbaut. Josef Göppel verlangt „die Potenziale vorhandener Infrastrukturen optimal zu verknüpfen und damit volkswirtschaftlich effizienter zu nutzen“.

In der Begründung des Antrags verweist Göppel auf die sinkende Zahl von Flugbewegungen durch den Trend zu größeren Flugzeugen. 2007 hätte München 432.000 Flugbewegungen abgewickelt, 2015 seien es noch 380.000 gewesen. Die Kapazität der vorhandenen zwei Landebahnen liege bei 480.000.

Göppel geht in dem Schreiben an Seehofer auch auf die häufig angeführte Überlastung des Flughafens München in Spitzenzeiten ein. Sie ist nach seiner Meinung bewusst herbeigeführt, um den Bau einer dritten Startbahn zu untermauern. Als Beleg dafür führt er an, dass das Flughafenmanagement 2015 schlecht ausgelastete Verbindungen in Spitzenzeiten verlegt habe, in diesen Phasen auch zeitgleiche Verbindungen von Lufthansa und Air Berlin anbiete sowie während des Hochbetriebs sogar Kleinflugzeugen Start- und Landeerlaubnisse gebe.

Ein weiterer Punkt ist dem CSU-Ökologen besonders wichtig: Die direkte Erreichbarkeit des Flughafens München auf der Schiene auch von Norden her müsse auf jeden Fall durchgreifend verbessert werden, damit der Umweg über den Hauptbahnhof München entfallen kann.

Quelle: Josef Göppel, MdB

GLYPHOSAT: STELLUNGNAHME VON JOSEF GÖPPEL, MdB

Gegen Verlängerung von Glyphosat um weitere 15 Jahre. Unbedenklich oder gesundheitsgefährdend?

Berlin, 25. Februar 2016 - Im Bundestag gab es eine namentliche Abstimmung zur Verlängerung der Zulassung des Herbizids Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat um weitere 15 Jahre. Josef Göppel stimmte anders als die Mehrheit seiner Fraktion gegen die Verlängerung. Hier seine Begründung zur Abstimmung:

"Die Bewertungsprozesse der Europäischen Behörde für Chemikalien ECHA zu Glyphosat sind noch nicht abgeschlossen. Dennoch strebt die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine Abstimmung über die **Zulassung** glyphosathaltiger Pestizide für **weitere 15 Jahre** im ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel an. Eine nach der Europäischen Chemikalien-Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) erteilte Zulassungsverlängerung für Glyphosat läuft Ende Juni 2016 aus.

Als Berichterstatter hatte das Bundesamt für Risikoforschung (BfR) 2015 eine positive Stellungnahme zur Zulassungsverlängerung von Glyphosat abgegeben. Allerdings lag die Einschätzung der Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC), deren Arbeitsgruppe von **unabhängigen Wissenschaftlern** Glyphosat im März 2015 als „**wahrscheinlich krebserregend**“ eingestuft hatte, noch nicht vor.

Außerdem hatte das **BfR nur den reinen Wirkstoff** Glyphosat untersucht, **nicht aber fertige Herbizidmischungen** mit Träger- und Zusatzstoffen. Die Kombinationswirkungen der verschiedenen Stoffe und Anreicherungen bei Langzeitexposition wurden ebenfalls nicht untersucht. Die Zulassung bezieht sich auf 33 glyphosathaltige Herbizide unter 95 Handelsbezeichnungen für 470 Anwendungsgebiete.

Mit dem europäischen **Vorsorgeprinzip** ist eine vorzeitige Erneuerung der Zulassung von Glyphosat für weitere 15 Jahre nicht vereinbar."

Am gleichen Tag wurde noch bekannt, dass in Bieren Glyphosat-Rückstände bis zum 300fachen des Grenzwertes für Trinkwasser gefunden wurden!

Quelle: Josef Göppel, MdB, Artikel vom: 26. 02. 2016

EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung um weitere 18 Monate, Deutschland hat sich bei der Abstimmung enthalten.

Quelle: Spiegel online 29. 06. 2016

Unter folgendem Link erscheint die Sendung : Gifft im Acker, ARD 06.07.2016 bis 06.07.2017

<http://www.ardmediathek.de/tv/Doku-ONE/Gifft-im-Acker-Glyphosat-die-untersch%C3%A4tzt/ONE/Video?bcastId=13980890&documentId=36395494>

RASEN ERWÜNSCHT

Warum Deutschlands Autofirmen kein Tempolimit wollen

Josef Göppel, MdB zu einem Tempolimit

Quelle: ZDF zoom 22.45 Uhr 01. 07. 2015 Archiv

Nach Angaben des Deutschen Verkehrssicherheitsrates stirbt alle 157 Minuten ein Mensch an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Häufigste Ursache: nicht angepasste Geschwindigkeit. Am gefährlichsten sind dabei die Bundesstraßen, denn dort gibt es die meisten tödlichen Unfälle. Momentan gilt auf den Straßen eine Höchstgeschwindigkeit von Tempo 100, Experten raten jedoch zu einer Verringerung auf Tempo 80.

Hier können Sie den Beitrag im ZDF zoom sehen:

<http://www.zdf.de/zdfzoom/zdfzoom-rasen-erwuenscht-38879940.html?tabNo=0>

UNFALLENTWICKLUNG IM STRABENVERKEHR UND DIE FOLGEKOSTEN

Im Jahr 2012 registrierte die Polizei 2,4 Mio. Unfälle, das waren 1,7 % mehr als im Jahr zuvor. Bei jedem 8. Unfall gab es Getötete oder Verletzte.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Verkehrssicherheitsprogramm von 2011 vorgenommen, die Zahl der Todesopfer bis zum Jahr 2020 um 40 % zu senken. Basisjahr hierfür ist 2010, damals wurden 3 648 Todesopfer gezählt. Um das gesteckte Ziel zu erreichen, müsste die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland bis zum Jahr 2020 auf 2.189 sinken. Das würde einen durchschnittlichen jährlichen Rückgang um 5 % bedeuten. Allerdings muss bedingt durch die negative Entwicklung im Jahr 2011 die durchschnittliche jährliche Verringerung nun stärker ausfallen (- 6,5 %). Mit dem Rückgang von 10,2 % im vergangenen Jahr ist dieser Wert deutlich übertroffen worden und man ist der Ziellinie wieder näher gekommen, die Zahl der Verkehrstoten liegt indes derzeit noch über dem Vorgabewert.

Hier ein Beispiel der Folgekosten von Unfällen im Jahr 2008 ca. 31,36 Milliarden:

Von den insgesamt berechneten volkswirtschaftlichen Unfallkosten entfielen auf Kosten für **Personenschäden** im Jahr 2008 insgesamt 14,04 Milliarden Euro; darunter auf Getötete 4,64 Milliarden Euro, auf Schwerverletzte 7,83 Milliarden Euro und auf Leichtverletzte 1,57 Milliarden Euro. Insgesamt entspricht das einem Anteil von 45 Prozent an den Gesamtkosten. Der Anteil der Kosten für **Sachschäden** betrug 55 Prozent, was einem Kostenumfang von 16,96 Milliarden Euro entspricht.

Quelle: Bundesanstalt für Straßenwesen und Statistisches Bundesamt DIII/STATIS

Die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten ist 2016 in Bayern weiter gestiegen. Es gab zwei Prozent mehr Unfälle, insgesamt 398.100, die meisten davon passierten auf den Landstraßen. In Oberbayern starben 188 Menschen, 15 Tote mehr als im vergangenen Jahr. Als Ursache werden nicht angepasste Geschwindigkeit und abgelenkte Fahrer genannt, zum Beispiel durch Handy oder Navigationsgeräte. Im Jahr 2016 gab es 386.000 Anzeigen wegen Geschwindigkeitsverstößen, das entspricht einer Steigerung von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Daraus resultierten 36.500 Fahrverbote, das sind 12,3 Prozent mehr als 2015.

- Der Bayerische **Innenminister Joachim Herrmann** verspricht bis zum Jahr 2020 mit 440 Mio. € für eine verbesserte Verkehrssicherheit zu sorgen.

Quelle: Münchner Merkur 27. 02. 2017

Als Hauptunfallursachen werden genannt:

Rasen, Handy, Alkohol, zu geringer Abstand

Auch wenn die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland in den letzten Jahren leicht rückläufig ist, geht es um den Verlust von Leben, hinzu kommt das unbeschreibliche Leid der Hinterbliebenen und Schwerverletzten welches nur schwer zu ertragen ist. Solche Schicksale können mit Geld niemals wieder gut gemacht werden.

Der gesamte volkswirtschaftliche Schaden ist nicht zu unterschätzen, für die Folgekosten der Unfälle müssen alle Autofahrer über die KFZ-Versicherung aufkommen. Auch die Kranken- und Rentenversicherten finanzieren mit ihren Beiträgen alle Aufwendungen im Kranken- und Rehabereich sowie Kosten bei Arbeitsunfähigkeit und bei nötiger Frühverrentung.

Das Unfallaufkommen der letzten Monat in Bayern, besonders am Wochenende 10., 11., 12. März 2017 spricht eine erschreckende Sprache.

FLÜCHTLINGE UND ASYL

Ein Zitat von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller 2016

„Wir müssen unsere Verantwortung in der Welt in einer anderen Dimension wahrnehmen, als wir das bisher tun. Wir haben unseren Wohlstand auf dem Rücken der Entwicklungsländer aufgebaut.“

Müller warnt vor weiteren Fluchtbewegungen, falls Europa seiner Verantwortung für andere Teile der Welt nicht nachkomme.

Berlin • Entwicklungsminister Gerd Müller sieht noch größere Flüchtlingsströme auf Deutschland und Europa zukommen. Und er nennt eine Zahl.

„Erst zehn Prozent der in Syrien und Irak ausgelösten Fluchtwelle ist bei uns angekommen“, sagte der CSU-Politiker der „Bild am Sonntag“. **Acht bis zehn Millionen Menschen seien noch unterwegs.** „Die, die jetzt zu uns kommen, saßen bereits seit mehreren Jahren in Zeltstädten, Kellern und Ziegenställen ohne Wasser und Strom. Es ist beschämend, dass die Weltgemeinschaft nicht in der Lage ist, das Überleben vor Ort zu sichern.“ Müller warnte: „Die größten Fluchtbewegungen stehen uns noch bevor: Afrikas Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln.“ Notwendig sei eine vollkommen neue Dimension der internationalen Zusammenarbeit. „In unserem digitalen Zeitalter mit Internet und Handy wissen alle über unseren Wohlstand und unsere Lebensweise Bescheid. Wir müssen deshalb vor Ort in Bildung, Ausbildung und Perspektiven investieren.“

Müller nennt keine Obergrenze.

Anders als sein Parteivorsitzender Horst Seehofer nannte Müller keine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Er forderte aber eine Reduzierung und fügte hinzu: **„Wir haben unseren Wohlstand auf dem Rücken der Entwicklungsländer aufgebaut. Das wird nicht mehr lange gut gehen. Diese Spannungen entladen sich. Dann ist egal, was wir hier festlegen. Die Menschen werden uns nicht fragen, ob sie kommen können.“**

ENERGIEPARTNERSCHAFTEN MIT AFRIKA

Fluchtgründe beseitigen durch Zukunftsperspektiven

Berlin, 20. Januar 2017 –

Deutschlands Entwicklungsminister Gerd Müller will einen Paradigmenwechsel* in der Zusammenarbeit mit Afrika. Das soll sich vor allem durch den Wechsel von Hilfsprojekten zu **partnerschaftlichem Wirtschaften** auf Augenhöhe vollziehen.

Ein zentraler Punkt ist dabei der Zugang zu Elektrizität auf zellulärer Basis außerhalb der Netzanbindung.

Josef Göppel Landesvorsitzender des AKU und Bundestagsabgeordneter schlug deshalb dem Minister zur konkreten Umsetzung seines Vorhabens eine Energiepartnerschaft mit Afrika vor, die aus drei Elementen besteht.

- Deutschland verhilft jungen Afrikanern zu einer Basisausbildung im Elektrobereich.
- Den Absolventen wird eine Starthilfe zur Unternehmensgründung angeboten. Das Angebot an sie ist, auf diese Weise den Aufbau dezentraler Stromversorgung bei den Endkunden ihrer Heimatregionen eigenwirtschaftlich zu betreiben.
- Auf Wunsch erhalten sie einen Rückhalt in Deutschland, der in Form von persönlichen Partnerschaften deutscher Energiegenossenschaften, Stadtwerke, ideellen Gruppen oder Kirchengemeinden zu den jungen Unternehmern in Afrika wirkt. Ein vielfältiges **Netzwerk persönlicher Kontakte** verschafft den wirtschaftlichen Aktivitäten größere Stabilität! So wird lebendige Nachbarschaft auf einer gleichberechtigten Basis möglich. Dazu sollte das BMZ einen Pool von engagierten Persönlichkeiten bilden, die das Projekt in die Breite tragen.

Artikel vom: 09.02.2017 14:17



© Foto: BMZ

Siehe auch die Literaturempfehlung auf Seite 10 **„Welt mit Zukunft“**

*Paradigmenwechsel/ hier Änderung grundlegender Rahmenbedingungen

WELTBEVÖLKERUNG

Das hochaktuelle Thema Umwelt, verbunden mit einem Blick auf den demographischen Wandel und die Außenpolitik wird hier in einer kurzen Zusammenfassung dargestellt.

Entwicklung der Weltbevölkerung in Millionen

2015 ist die Weltbevölkerung auf ca. 7,34 Mrd. und 2016 auf 7,44 Mrd. gestiegen.

Nach Schätzungen der Wissenschaft lebten vor 2.000 Jahren ca. 200 Millionen Menschen auf der Erde.

Jahr	1950	2015	2050
Asien	1.403	4.397	5.284
Afrika	230	1.172	2.339
Amerika	339	987	1.211
Europa	547	742	732
Ozeanien	13	40	57
Weltweit	2.532	7.338	9.623

Konflikte, die auch zu politischen Auseinandersetzungen in der Zukunft führen werden

Anstieg der Meeresspiegel: viele hundert Millionen Menschen leben in küstennahen Regionen und sind besonders betroffen von Überschwemmungen und Klimakatastrophen, nicht nur in Asien und Amerika, auch in wirtschaftlich wichtigen Zentren.

Welternährung: Armut, soziale Exklusion und politische Konflikte sind vorprogrammiert. Rund eine Milliarde Menschen leiden unter chronischem Hunger, jährlich verhungern etwa 10 Mio. Menschen. Ernteausfälle auf Grund von Klimaveränderungen. Spekulationen von Investoren auf Boden, Wasser und der Terminhandel von Nahrungsmitteln verschlimmern die Lage zusätzlich. Landkauf von externen Staaten, wie es derzeit besonders in Afrika ersichtlich ist, sollte verboten werden.

Ressourcenverbrauch: in den vergangenen 100 Jahren haben wir für die Energieerzeugung fossile Brennstoffe aufgebraucht, die in Jahrtausenden Erdgeschichte entstanden sind, dadurch hat sich die Atmosphäre der Erde negativ verändert, was zum bekannten Klimawandel beiträgt.

Primärenergieverbrauch: steigt in Zukunft weltweit bei sinkender Verfügbarkeit fossiler Energieträger, deshalb wird Energie immer teurer werden. Hier kann nur mit Erneuerbaren Energien und deren Speichermöglichkeiten gegengesteuert werden.

Quellen: welt-ernaehrung.de MunichRe Spiegel online www.pdwb.de/Wikipedia/ www.weltbevölkerung.de

WEITERFÜHRENDE LITERATUREMPFEHLUNGEN

Welt mit Zukunft

von Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, u.a. Mitglied CLUB of Rome

11 Drohende Kriege

von Andreas Rinke politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters und Christian Schwägerl Biologe und Wissenschaftsjournalist u.a. für Geo, Berliner Zeitung, FAZ, Spiegel.

Anthropozän

Christian Schwägerl, „Das **Anthropozän-Projekt** am Haus der Kulturen der Welt

Reise in die Menschenzeit

habe ich mitbegründet und die Anthropozän-Ausstellung im Deutschen Museum mitkuratiert.“ Siehe Ausstellung unten.

AUSSTELLUNG IM DEUTSCHEN MUSEUM MÜNCHEN

"Willkommen im Anthropozän

5. Dezember 2014 bis 30. September 2016

Unsere Verantwortung für die Zukunft der Erde.

Willkommen im Menschenzeitalter! Ob Landwirtschaft, Handel, Verkehr oder Industrie: Seit es die Menschen gibt, haben sie die Erde geprägt und verändert. Insbesondere seit der Industrialisierung hinterlassen wir einen unverwechselbaren und oft unwiderruflichen Fußabdruck auf der Erde.

Inzwischen ist dieser Abdruck so stark, dass Wissenschaft, Politik und Gesellschaft diskutieren, ob sich die vom Menschen initiierten Veränderungen in geologischer Form niederschlagen und so langfristig sind, dass wir bereits in einem neuen Erdzeitalter leben.

Auf 1400 m² erklärt die weltweit erste große Ausstellung zu diesem wichtigen Zukunftsthema den Begriff und das Konzept des Anthropozäns anhand ausgewählter Themen wie Urbanität, Mobilität, Natur, Evolution, Ernährung und Mensch-Maschine-Interaktion. Sie visualisiert Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Menschenzeitalters und vereint Technik, Naturwissenschaft und Naturkunde mit Kunst und Medien. Historische Exponate vermitteln unseren Weg ins Anthropozän, aktuelle Forschungsergebnisse und Projekte stellen die Herausforderungen und mögliche Lösungen vor und künstlerische Übersetzungen regen zum Nachdenken an.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog. Die Sonderausstellung ist ein gemeinsames Projekt des Deutschen Museums und des Rachel Carson Center for Environment and Society.

Quelle: Deutsches Museum München

SAATGUTVERORDNUNG IM WIDERSPRUCH ZUR ARTENVIELFALT

Die neuen Pläne der EU, für Saatgut ein europaweites Zulassungsverfahren vorzuschreiben, stoßen auf begründeten Widerstand. Damit würden einmal mehr die Erzeuger von Hybrid-Sorten gestärkt, die Saatgüter in den Handel bringen, welches von Landwirten nicht vermehrt werden kann und jedes Jahr neu gekauft werden muss. Die entsprechenden Dünger und Pestizide, auf die jeweiligen Hybrid-Sorten abgestimmt, stellen eine weitere sichere Erwerbsaussicht für diese Erzeuger dar.

Diese Entwicklung trägt zur Verringerung der Sortenvielfalt und zu **steigender Abhängigkeit der Landwirte von den Konzernen bei**. Die Produzenten von regional angepassten oder alten Sorten sowie von Bio-Saatgut können die teuren Zulassungsverfahren meist nicht finanzieren. Sie sind nur von dieser Pflicht ausgenommen, wenn der Betrieb weniger als **zwei Millionen Euro Umsatz** im Jahr erwirtschaftet und weniger als **zehn Mitarbeiter** hat. Ihr Saatgut dürfte nur noch an Hobbygärtner und Liebhaber verkauft werden und müsste dokumentiert werden. Damit würden viele spezialisierte mittelständische Unternehmen in eine Nische gedrängt. Für Verbraucher bedeuten diese Vorschläge steigende Preise, vor allem für Gemüse und Getreide. Die Zulassung von gentechnisch manipulierten Pflanzen, wie zum Beispiel die Maissorte 1507, darf aus unserer Sicht nicht passieren.

Stand 2014/2015

ARD/NDR Verbotenes Gemüse 23.05. 2016, diese Sendung kann in der ARD-Mediathek angeschaut werden. Wer alte Sorten anbaut, muss aufpassen: Mit dem Saatgut nicht zugelassener Pflanzensorten zu handeln, ist gesetzlich verboten.

Seit 1930 gibt es ein Verbot, selbstgezüchtetes Saatgut von Tomaten zu verkaufen. Uschi Reinhard in Schandelar bei Braunschweig, bietet dennoch 80 von ihr weitergepflegte und gezüchtete alte Tomatensorten an. in Deutschland sind nur noch 43 Sorten Tomaten zugelassen, das heißt die Sortenvielfalt wird künstlich eingeschränkt. Nicht die landwirtschaftlichen Betriebe entscheiden was auf ihren Böden angesät werden kann, darüber entscheiden Behörden.

Das Bundessortenamt legt zum Beispiel fest, welche Kartoffeln angebaut werden dürfen. Bei der Beurteilung dieser Kartoffeln kommt es nicht einmal auf den Geschmack an, da dieser „subjektiv“ sei, das Aussehen spielt da schon eher eine Rolle. Die vom Bundessortenamt genehmigten Kartoffeln dürfen nur zum Verkauf angeboten werden und nicht als Saatkartoffeln weiterverwendet werden.

Hier drängt sich der Eindruck eines Diktats des Bundessortenamtes auf. Bei Grünkohl gibt es noch 2 Saatgut-samen, früher hatte jeder seine eigene Sorte und man hat auch die Samen getauscht. Allerdings haben dann die großen Saatguthersteller nichts daran verdient.



Wasser

Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser ist am **28. Juli 2010 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt worden**. **Bolivien** und 33 andere Staaten haben die **Resolution 64/292** in die Vollversammlung eingebracht. Da die Resolutionen der Generalversammlung für die 192 Staaten der Vereinten Nationen rechtlich nicht bindend sind, sind sie auch nicht einklagbar. Jedoch hat die Verankerung des Menschenrechts auf Wasser einen hohen politischen Stellenwert. Von einigen Kommentatoren wird das Menschenrecht auf Wasser über die Resolution der Generalversammlung hinaus aus Art. 11.1 des **Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** abgeleitet, womit es völkerrechtlich verbindlich wäre. Das Menschenrecht auf Wasser ist die Voraussetzung für andere, etwa das **Menschenrecht auf Leben, angemessene Ernährung und medizinische Versorgung**.

Abstimmungsergebnis:

122 Staaten stimmten für die Resolution, 29 Staaten waren bei der Versammlung nicht anwesend, 41 enthielten sich ihrer Stimme, darunter auch **Kanada** und die **USA**. In ihrer Begründung heißt es, dass die Resolution nicht eindeutig sei und es kein "internationales Recht" auf Wasser gäbe. Deutschland befürwortete die Resolution, hätte sich allerdings eine klarere Verantwortung gewünscht.

Quelle: de.m.wikipedia.org

Nestlé ist der erfolgreichste und größte Wasservermarkter auf unserem Planeten.

ARD Markencheck vom 06.01.2016

Wasser als lukratives Geschäft

Um Fairness geht es auch bei unserem letzten Check-Teil: Wasser ist für Nestlé ein ausgesprochen lukratives Geschäft. Seit Jahren kauft der Konzern weltweit Wasserrechte auf – auch in Dürregebieten wie Kalifornien, Pakistan oder Südafrika. Viele kritisieren: Nestlé mache eine knappe Ressource zu Geld, indem es Wasser in Flaschen abfülle und teuer verkaufe.

Quelle: ARD Markencheck

NESTLÉ FLÜSSIGES GOLD – WENN WASSER TEURER IST ALS BENZIN, STERN 15. 11. 2013

Stellen Sie sich vor, ein Konzern baut in Ihrer Nachbarschaft einen Brunnen und beginnt, große Mengen Grundwasser abzupumpen. Anschließend bietet er das in Plastikflaschen abgefüllte Wasser zum Kauf an, zu einem stolzen Preis. Wem gehört das Wasser?

Eine Antwort versucht der sehenswerte Dokumentarfilm von Filmemacher Gehringer in dem Film „Bottled Life“ zu finden.

Journalist Res Gehringer reist unter anderem nach **Pakistan** und begibt sich auf die Spuren des milliardenschweren Geschäfts mit Trinkwasser. Dabei erhebt er schwere Vorwürfe gegen Nestlé, den größten Nahrungsmittelkonzern der Welt. In Megastädten wie Lahore ist Wasser ein knappes Gut, die Trinkwasserversorgung steht vor dem Kollaps. Das Versagen der Politik nutzt Nestlé: Der Konzern pumpt Grundwasser aus tiefen Brunnen an die Oberfläche und verkauft es in Plastikflaschen als „Pure Life“ an die Bevölkerung. Einige können sich dieses Wasser leisten, viele nicht. Für Journalist Gehringer ist klar: Die Wasserversorgung verschlechtert sich zunehmend, wenn Nestlé Grundwasser abpumpt und in Flaschen teuer weiterverkauft. Denn der Grundwasserspiegel sinkt dadurch weiter. Für alle, die sich „Pure Life“ nicht leisten können, eine lebensbedrohliche Situation. Denn die Haupttodesursache von Kindern, so der Film, sind nicht Malaria, HIV oder Krieg – sondern verschmutztes Wasser.

Seit 12. 09. 2013 im Kino zu sehen

Sauberes und giftfreies Wasser wird zum Handelsobjekt:

Nestlé ist der größte Lebensmittelkonzern, erzielt einen Jahresumsatz von ca. 87 Milliarden Euro und beschäftigt 340.000 Mitarbeiter.

Zum Beispiel werden in einer Nestlé Wasserfabrik in Südafrika, täglich 282.000 Liter in Flaschen gefüllt und als Pure Life verkauft. In der Werbung heißt das dann: „Wasser dem Du vertrauen kannst“.

Viele Arbeiter der Trinkwasserfabrik leisten einen 12 Stunden Tag. Sie verdienen dort zu wenig, um dieses teure Wasser kaufen zu können. Das Dorf, in dem sie leben, ist nur ein paar hundert Meter weit entfernt und hat weder einen Trinkwasserbrunnen noch Wasser für den Sanitärbereich.

Die Lizenz läuft 20 Jahre und was kommt dann?

Hier wird klar, weshalb Wasser privatisiert werden sollte, was vorerst durch europaweite Massenproteste in der EU mit 1,9 Mio. Unterschriften gestoppt werden konnte.

Deshalb muss, falls TTIP und CETA ratifiziert werden sollte, genau darauf geachtet werden, dass bestehende Vereinbarungen für Wasserrechte keinesfalls unterlaufen werden können.